



Antrag

der Abgeordneten **Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Susann Biedefeld, Ruth Müller, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster SPD**

70 Jahre Bayerische Verfassung – Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag: Demokratische Schulen durch Stärkung der politischen Bildung schaffen (IX)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle bayerischen Schulen zu demokratischen Schulen weiterzuentwickeln.

Insbesondere kann dieses Ziel erreicht werden durch

- Stärkung des Fachs Sozialkunde in allen Schularten,
- Einbezug aktueller Ereignisse in den Schulalltag, z.B. durch eine aktuelle Viertelstunde zu Beginn eines Schultags,
- fächerübergreifende und jahrgangsgemischte Projekte,
- Ausweitung von Mitbestimmungsmöglichkeiten im Erziehungs- und Unterrichtsgesetz,
- Tages- und Wochenseminare mit außerschulischen Bildungsträgern,
- verstärkte Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und Jugendorganisationen im Schulumfeld,
- Weiterbildung aller Lehrkräfte mit dem Ziel, sich unabhängig von ihrem Unterrichtsfach für die politische Bildung verantwortlich zu fühlen und
- die Verankerung der politischen Bildung in der Lehrerbildung für alle Studierenden.

Begründung:

Art. 131 Abs. 3 der Verfassung des Freistaates Bayern legt fest: „Die Schüler sind im Geiste der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen.“

Angesichts der stetig wachsenden Gruppe der Nichtwähler, der Bildung rechtspopulistischer Gruppierungen und zunehmend ausländerfeindlicher Parolen stellt sich die Frage: Lernen die Schülerinnen und Schüler in Bayerns Schulen ausreichend Demokratie? Und: Kann man Demokratie lernen wie Mathematik, Physik oder eine Fremdsprache, oder muss man Demokratie nicht vielmehr erleben, besser noch erfahren im eigentlichen Wortsinne?

Für junge Menschen gibt es zwei prägende Institutionen: das Elternhaus und die Schule. In beiden verbringen sie bis zu ihrem Erwachsenenalter fast annähernd gleich viel Zeit. Schon deshalb und weil es den Verfassungsauftrag gibt, kann sich Schule der Aufgabe der Demokratieerziehung gar nicht entziehen – und sie darf es auch nicht!

Demokratieerziehung braucht Zeit, sich mit demokratischen Spielregeln vertraut zu machen, zu erleben, was es heißt Verantwortung zu übernehmen, mitzugestalten, mitzureden, mitzubestimmen. „Im Geiste der Demokratie“ können Lehrerinnen und Lehrer ihre ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler nur dann erziehen, wenn sie selbst diesen Geist atmen, ihn leben und sich immer wieder fragen, wie Schule organisiert werden muss, damit dieses hehre Erziehungsziel erreicht werden kann.

Da reicht es eben nicht, im Sozialkundeunterricht politische Zusammenhänge zu lehren und zu lernen. Politische Bildung ist mehr als Sozialkundeunterricht. Demokratie-Lernen ist ein interdisziplinäres Tun. Alle müssen dazu beitragen, unabhängig von den Fachdisziplinen – egal, ob Mathematik, Physik, Latein oder Geografie. Das fängt bei den Unterrichtsmethoden an und hört bei der Art, wie man mit jungen Menschen umgeht, auf. Nimmt man seine Schülerinnen und Schüler ernst, gibt man ihnen Raum und Zeit, ihre Persönlichkeit zu entwickeln.